

PRESSEMITTEILUNG

Kreisverband Ammerland
Peter Meiwald
Kreisvorstand

Telefon: 04488/8604071
Fax: 04488/861336
Email: peter.meiwald@gruene-wst.de
www.gruene-ammerland.de

7. Februar 2009

Festhalten an der A-22-Planung ist ökologischer, verkehrspolitischer und vor allem finanzieller Unsinn!

Als Ammerländer GRÜNE teilen wir die von einigen Lobbyisten verbreitete Euphorie über die landesplanerische Feststellung der A 22 nicht!

Weder sind durch diesen Verwaltungsakt der niedersächsischen Landesregierung die Probleme einer extrem schlechten Nutzen-Kosten-Prognose beseitigt worden noch ist das bisherige Verfahren aus unserer Sicht gerichtsfest, da eine eingehende Untersuchung möglicher Alternativen zum Neubau versäumt wurde. "Im Bundesverkehrswegeplan ist die A 22 nicht als vordringlicher Bedarf eingestuft, sondern nur als weiterer Bedarf mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag und einem festgestellten hohen Umweltrisiko", so Peter Meiwald, Bundestagskandidat der GRÜNEN im Wahlkreis Oldenburg-Ammerland. Deshalb hätten auch Alternativen wie das Ausweichen auf Bahn oder Schiff und der Ausbau vorhandener Straßen im Raumordnungsverfahren alternativ untersucht werden müssen.

Ein Festhalten an der bisherigen Planung ist mit weiteren Kosten von mindestens 40 Mio € für die nächsten Planungsschritte verbunden, die wiederum den Steuerzahlern aufgebürdet werden sollen ohne dass die Verkehrsprognosen einen Bedarf für eine dritte Autobahn durch die Ammerländer Parklandschaft ergäben.

Befremdlich finden die GRÜNEN darüber hinaus, dass den lautstarken Forderungen in der Praxis wenig Engagement für die Autobahn folgt. So haben sich bisher keine Investoren für die privat zu finanzierende Elbquerung bei Drochtersen gefunden. Und noch abenteuerlicher klingen jetzt die Freudenrufe all der Bürgermeister, die verbal immer die A22 gefordert haben und jetzt von Zetel bis Rastede froh sind, dass die festgelegte Trasse ihre Ortschaften kaum berührt. Kleinlaut dagegen sind auf einmal die Bürgermeister von Jade und Westerstedde, deren Bürgerinnen und Bürger von Lärm und Landschaftszerstörung durch eine Küstenautobahn voll getroffen werden.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Grüne